



## **Offene Werkstatt «Geld und Nachhaltigkeit»**

**Wann:** Samstag 27. Juli 2019, 14:00 Uhr – 18:00 Uhr  
**Wo:** Kardinal-Döpfner-Saal, Kreisbildungswerk Traunstein,  
Vonfichtstraße 1, 83278 Traunstein

Dank der „Fridays for Future“-Bewegung hat das Thema Nachhaltigkeit einen sehr hohen Stellenwert in der Gesellschaft erlangt. Die Satzung des Chiemgauer-Vereins spricht von „nachhaltigem Wirtschaften“. Wenn wir ein Instrument wie die Chiemgauer Regionalwährung weiterentwickeln, steht daher die Frage im Mittelpunkt, wie mit Hilfe eines demokratisch gestalteten Geldes die planetaren Grenzen gewahrt werden können.

Am 27. Juli laden wir herzlich in das Katholische Kreisbildungswerk ein, um im Dialog auszuloten, was wir gemeinsam bewegen können. Mit kurzen Beiträgen schauen wir,

- auf die Ergebnisse der letzten Workshops,
- auf ein Klimabonus-Konzept zur Integration ökologisch nachhaltiger Spielregeln im Geld

Im Gespräch beleuchten wir Stärken und Schwächen aktueller Vorschläge und bearbeiten darüber hinaus folgende Fragen:

- Welche Merkmale hat ein soziales, den Menschen und der Mitwelt dienendes Geldsystem ?
- Mit welchen Partnern können wir das Thema Nachhaltigkeit verwirklichen?
- Wie binden wir Kommunen ein?
- Was kann ich / können wir persönlich zum Gelingen beitragen?

Begleitet wird unser Workshop von folgenden Expertinnen und Experten:

**Prof. Isabel Feichtner**, Professorin für Öffentliches Recht und Wirtschaftsvölkerrecht an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg und Co-Sprecherin des Forschungsverbundes „ForDemocracy“. **Elisabeth Koch**, Projektbeauftragte „Klimawerkler“ des Chiemgauer e. V. und Traumatherapeutin. **Stefan Schulte**, Regionalmanager Region Burgwald-Ederbergland und ehemaliges Mitglied des Bundestags.

**RA Frank Jansky**, Schatzmeister des BUND Sachsen Anhalt e. V. und Aufsichtsratsvorsitzender der Regios eG.

**Moderation: Christian Gelleri**

Gefördert durch:



Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz  
und nukleare Sicherheit



NATIONALE  
KLIMASCHUTZ  
INITIATIVE

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages